

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

die Lage im Mai 2015, als Tausende Flüchtlinge aus Myanmar und Bangladesch auf Booten vor den Küsten Malaysias, Indonesiens und Thailand eintrafen. Nach langem Zögern erklärten sich die Regierungen Malaysias und Indonesiens Ende Mai bereit, den Flüchtlingen „vorübergehende Zuflucht“ zu gewähren und sie in Auffanglagern aufzunehmen. Ein große Zahl der Bootsflüchtlinge waren Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingyas, die in ihrem Heimatland Myanmar unterdrückt und verfolgt werden. Die Flüchtlingskrise wurde von Malaysia auf die Agenda der ASEAN-Treffen gesetzt und zum Thema von intergouvernementalen Konsultationen gemacht. Malaysias Premierminister forderte die Regierung von Myanmar zum Handeln auf: Menschen flöhen aus Myanmar wegen "innerer Probleme, in die wir nicht eingreifen können".

Die Flüchtlingskrise in Südostasien wird durch das Treiben von internationalen Schlepperbanden weiter verschärft. Flüchtlinge werden nicht nur über den Seeweg, sondern auch über Land geschleust. Im Norden Malaysias an der Grenze zu Thailand wurden mehrere Massengräber entdeckt, in denen vermutlich Opfer aus den umliegenden Flüchtlingscamps begraben wurden. Offenbar ist es gängige Praxis, dass Schleuser Bootsflüchtlinge und Migranten nach Thailand schmuggeln und diese so lange in Lagern festhalten, bis diese oder deren Angehörige Geld für die nächste Schmuggel-Etappe nach Malaysia zahlen.

Die Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland spielt in der öffentlichen Wahrnehmung Malaysias indes nur eine untergeordnete Rolle. In politischen Fachkreisen und auf Regierungsebene wird die aktuelle Entwicklung jedoch beobachtet und diskutiert.

Pakistan

Ronny Heine (24.08.2015)

Über die anhaltend hohe Anzahl von Flüchtlingen, von der Deutschland und die EU derzeit betroffen sind, wird auch in den pakistanischen Medien berichtet. Allerdings dominiert die Berichterstattung die öffentliche Debatte nicht annähernd in dem Umfang, wie das in Europa der Fall ist. Dennoch ist im Gegensatz zu anderen, Europa betreffenden Ereignissen, wie z.B. die Griechenlandkrise, eine etwas breitere öffentliche Wahrnehmung des Themas feststellbar als das üblicherweise der Fall ist. Kommentatoren werten die anhaltende Flüchtlingskrise als Herausforderung sowie Lackmustest für die Solidarität und Handlungsfähigkeit der EU. Dabei wird nicht übersehen, dass es innerhalb der EU ernstzunehmende politische Bewegungen gibt, die einer Renationalisierung Europas das Wort reden. Der Umstand, dass eine einheitliche und koordinierte Asylpolitik in Europa derzeit faktisch nicht stattfindet und die einzelnen EU-Mitglieder höchst unterschiedlich mit den Herausforderungen der Flüchtlingskrise umgehen, wird daher auch als Indiz einer möglichen Renationalisierung Europas angesehen.

Dass die derzeitige europäische Flüchtlingskrise in Pakistan überhaupt eine Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt ist dem Umstand geschuldet, dass Pakistan selbst Zielland für Flüchtlinge ist. Seit der Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 bietet Pakistan afghanischen Flüchtlingen Schutz und Zuflucht. In den Jahrzehnten der kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan stieg die Zahl der Flüchtlinge stetig an. Derzeit leben schätzungsweise mehr als drei Millionen Afghanen als Kriegsflüchtlinge in Pakistan, von denen allerdings nur ca. 1,5 Millionen registriert sind. Damit zählt Pakistan zu den Ländern, die weltweit am meisten Kriegsflüchtlinge beherbergen. Gleichwohl die Bedingungen, unter denen die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan leben, durchaus prekär und mit denen in Europa nicht vergleichbar sind, ist es für ein Entwicklungsland wie Pakistan eine erhebliche Leistung, so vielen Flüchtlingen eine Heimat auf Zeit zu geben.

Gleichwohl bei einer Gesamtbevölkerung von fast 200 Millionen Menschen die drei Millionen afghanischen Flüchtlinge nur einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung bilden, ist deren Aufenthalt in Pakistan nicht unumstritten. Hierbei spielt das angespannte Verhältnis zwischen beiden Ländern, welches von gegenseitigem Misstrauen domi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

niert ist, eine entscheidende Rolle. Afghanistan und Pakistan werfen sich wechselseitig vor, terroristische Gruppierungen im jeweils anderen Land zu unterstützen. Nachdem die pakistanische Armee im Sommer vergangenen Jahres eine großangelegte Bodenoffensive im Nordwesten des Landes im Grenzgebiet zu Afghanistan gestartet hat, in deren Ergebnis mehr als eine Million Zivilisten zu Binnenflüchtlingen wurden und ihre Dörfer verlassen mussten, kam auch die Situation der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan wieder auf die politische Tagesordnung. Hintergrund dafür ist, dass die pakistanischen Sicherheitsbehörden viele Terrorsympathisanten unter den afghanischen Flüchtlingen vermuten.

Forderungen nach einer stärkeren Rückführung von Flüchtlingen wurden vor allem nach dem Massaker an einer Schule im nordpakistanischen Peshawar mit mehr als 130 Toten letzten Dezember laut, die sich noch verstärkten nachdem klar wurde, dass die Attentäter ihren Basen in Afghanistan hatten. Verbunden mit einem in Folge des Terroranschlags von Peshawar generell verschärften Vorgehens der pakistanischen Sicherheitsbehörden werden seitdem verstärkt Anstrengungen unternommen, registrierte afghanische Flüchtlinge im Land zur Rückkehr nach Afghanistan zu bewegen und nichtregistrierte aufzuspüren und auszuweisen. Dabei gehen die pakistanischen Behörden teilweise wenig zimperlich vor. So wurde jüngst ein seit Jahren von ca. 6000 afghanischen Flüchtlingen bewohnter Slum in Islamabad wegen illegaler Landnutzung dem Erdboden gleichgemacht. Dass sich an dieser Nutzung bislang kein Offizieller gestört hat, spielte keine Rolle. Und in der pakistanischen Öffentlichkeit bzw. der Politik stieß die Maßnahme auf nur vereinzelte Kritik, gleichwohl den betroffenen Flüchtlingen keinerlei Ausgleichsmaßnahmen angeboten wurden. Insgesamt ist zu konstatieren, dass sich Pakistan schwer mit den im Land lebenden afghanischen Flüchtlingen tut und deren Lage oft prekär ist. Andererseits leben aber auch Millionen Pakistaner in prekären Verhältnissen, so dass nicht von einer systematischen, gewollten Diskriminierung von afghanischen Flüchtlingen gesprochen werden kann. Es ist Pakistan im Gegenteil hoch anzurechnen, dass es trotz großer wirtschaftlicher und sozialer Probleme und immenser sicherheitspolitischer Herausforderungen seit Jahrzehnten afghanischen Kriegsflüchtlingen Schutz bietet.

Philippinen

Benedikt Seemann (21.08.2015)

Das gesellschaftspolitische Thema der Migration war und ist für die Philippinen im 20. und 21. Jahrhundert von großer Bedeutung. Dies betrifft die Dimensionen der Ein- und Auswanderung, aber auch den Bereich Vertreibung und Binnenflüchtlinge.

Zum jetzigen Zeitpunkt leben zehn Millionen Filipinos als sogenannte OFWs (Overseas Filipino Workers) vor allem in der arabischen Welt und Nordamerika. Im zweitgrößten Land Südostasiens träumt ein Großteil der 100 Millionen Einwohner davon, auszuwandern und so durch Überweisungen aus dem Ausland die Familie in der Heimat unterstützen zu können. Da keine philippinische Regierung der letzten Jahrzehnte imstande war, die Armutsquote im Lande signifikant zu reduzieren, lebt ein Viertel der Bevölkerung in absoluter Armut. Aus diesem Grund unterstützt der Staat mit offiziellen Programmen die Auswanderung Geringqualifizierter, muss allerdings auch einen „Brain Drain“, die Auswanderung hochqualifizierter junger Menschen, in Kauf nehmen.

2015 erfuhr der Themenkomplex Einwanderung und Flüchtlinge erhöhte Aufmerksamkeit. Im Mai erklärte sich die philippinische Regierung bereit, tausende Flüchtlinge aus Burma und Bangladesch aufzunehmen. Dies wurde sowohl international, als auch im Land selbst durchweg positiv aufgenommen²³.

²³ Vgl. <http://cnnphilippines.com/news/2015/05/19/Philippines-praised-for-openness-to-refugees.html> [21.08.2015].